

# Übersichten

April 2001

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 Erstes Ostasien-Lateinamerika Forum

Ende März fand in der chilenischen Hauptstadt Santiago das erste zweitägige Ostasien-Lateinamerika Forum (EALAF) unter Beteiligung von Regierungsdelegationen aus 30 Pazifik-Anrainerstaaten statt. Die Volksrepublik China war auf diesem Treffen unter der gemeinsamen Leitung seitens der Außenminister Chiles und Singapurs durch Außenminister Tang Jiaxuan vertreten.

Aus chinesischer Sicht handelt es sich bei diesem neuen Forum um ein wichtiges Instrument zur Stärkung des transkontinentalen Austauschs zwischen diesen beiden Regionen und der Süd-Süd-Kooperation. In seiner Rede vor dem Plenum sagte Tang Jiaxuan, beide Regionen beherbergten eine große Zahl von Entwicklungsländern, die viele gemeinsame Interessen teilten. Sowohl in Asien als auch in den Ländern Lateinamerikas sei man dabei, eigene Wege der Entwicklung zu beschreiten, die an die je-

weiligen nationalen Bedingungen angepasst seien.

Er betonte, es bestehe eine große Notwendigkeit für die Länder beider Regionen, ihre Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der Globalisierung zu stärken. Angesichts des erheblichen Anteils der Weltbevölkerung, der sich in beiden Regionen konzentriere, des Ressourcenreichtums und des großen Entwicklungspotenzials konstituierten Lateinamerika und Ostasien eine wichtige Kraft im Streben für eine multipolare Weltordnung. Trotz der bislang eher bescheidenen Handelsbeziehungen eröffnete gerade die wirtschaftliche Kooperation gute Entwicklungsmöglichkeiten.

Die Regierungsvertreter erreichten Übereinstimmung hinsichtlich der zukünftigen Ziele und Prinzipien des Forums und nahmen ein entsprechendes Rahmendokument an. Als neue Mitglieder wurden Costa Rica, Kuba und El Salvador aufgenommen. Weiterhin wurde vereinbart, jährliche Treffen auf der Arbeitsebene durchzuführen und zu diesem Zweck drei Panels ins Leben zu rufen. Von verschiedener Seite wurden gemeinsame Projekte in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Wissenschaft, Technologie, Gesellschaft und Bildung angeregt. China erklärte sich in diesem Zusammenhang bereit, die Schirmherrschaft für fünf Gemeinschaftsprojekte zu übernehmen, eines davon im Bereich beruflicher Bildung.

In einem gemeinsamen Abschlusskommuniqué wurden die Philippinen und Costa Rica als Koordinatoren für das nächste Treffen auf Ministerebene bestimmt. (Xinhua, 30.3.01, nach BBC PF, 30.3.01; Xinhua, 31.3.01, nach BBC PF, 31.3.01) -kg-

### 2 Jiang Zemin im „Land des Kupfers“

Der chinesische Präsident Jiang Zemin brach am 4. April trotz der Krise zwischen China und den USA infolge der Flugzeugkollision (vgl. Thema in diesem Heft) zu einer offiziellen Reise durch sechs lateinamerikanische Staaten auf. Seine erste Station war Chile, was von Seiten des chilenischen Präsidenten Ricardo Lagos Escobar mit großer Genugtuung aufgenommen wurde. Für Jiang war es der

erste Staatsbesuch in dem südamerikanischen Land.

Jiang, der von Vize-Premier Qian Qichen begleitet wurde, nutzte die Reise zu Gesprächen mit verschiedenen Vertretern der chilenischen Regierung und auch mit dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes von Chile.

Anlässlich eines Banketts zu seinen Ehren würdigte Jiang Zemin die Leistungen des chilenischen Volkes im Zusammenhang mit dem Aufbau des Landes im vergangenen 20. Jahrhundert und meinte, beide Länder erfreuten sich der besten bilateralen Beziehungen seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 30 Jahren. Er strich weiterhin besonders die Überwindung der Kolonialherrschaft in Chile unter der Leitung des chilenischen Nationalhelden General O'Higgins heraus. Zur Allende-Ära äußerte er sich hingegen nicht.

Jiang Zemins Anmerkung, Chile sei bekannt für seinen Ressourcenreichtum und als „Land des Kupfers“ hat aus chinesischer Sicht eine besondere Bedeutung. Die VR China belegt Rang Fünf auf der Liste der wichtigsten weltweiten Handelspartner Chiles. Bei einem Exportvolumen nach China von 895,1 Mio. US\$ im Jahr 2000 entfielen im selben Jahr nach Angaben der chilenischen Zentralbank allein 654,3 Mio. US\$ auf Kupferausfuhren. Umgekehrt importierte Chile aus der Volksrepublik China im Jahr 2000 Waren im Gesamtwert von 870,9 Mio. US\$.

Der chilenische Präsident warb angesichts der einseitigen Ausrichtung der chilenischen Ausfuhren besonders um chinesische Investitionen in seinem Lande. Auch diese blieben bisher auf den Bergbaubereich beschränkt, in dem sich chinesische Großunternehmen bereits engagieren. Lagos Escobar betonte, Chile könne zur Eingangspforte Chinas auf dem lateinamerikanischen Markt werden, und pries insbesondere die Hafen- und Flughafkapazitäten seines Landes an.

In anderem Zusammenhang unterstrich der chilenische Präsident die Bedeutung, die sein Land den Beziehungen zu China beimesse damit, dass das halbe Kabinett an den Gesprächen im Rahmen von Jiangs Besuch

teilgenommen habe. Ansonsten teile man hinsichtlich einer ganzen Reihe von internationalen Themen die Ansichten Chinas oder vertrete zumindest ähnliche. Jiang Zemin drückte die Hoffnung aus, man werde den Meinungsaustausch im Herbst des Jahres im Rahmen des nächsten informellen Treffens der APEC in Shanghai fortsetzen und intensivieren.

Während des Besuches wurden zwischen beiden Ländern mehrere Kooperationen vereinbart, darunter ein Vertrag über den Schutz und die Wiedererlangung von Kulturgütern. Die seismologischen Büros Chiles und Chinas unterzeichneten eine konkrete Kooperationsvereinbarung, und die Landwirtschaftsministerien beider Seiten verabschiedeten ein Memorandum über die Zusammenarbeit im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung im ländlichen Raum. (IHT, 6.4.01; XNA, 5.4., 7.4.01; Xinhua, 6.4.01, nach BBC PF, 6.4.01; ZXS, 7.4.01, nach BBC PF, 7.4.01) -kg-

### 3 Argentinien – zweite Station Jiang Zemin

In Argentinien, der zweiten Station auf der Lateinamerikareise Jiang Zemin und seiner Entourage, zu der auch Vize-Premier Qian Qichen, Außenhandelsminister Shi Guangsheng sowie Zeng Peiyan, Vorsitzender der Staatlichen Kommission für Entwicklungsplanung, und weitere hochrangige Regierungsvertreter gehörten, führte der chinesische Präsident Gespräche in freundlicher Atmosphäre. Hauptgesprächspartner Jangs, der das erste Mal Argentinien besuchte, war der argentinische Präsident Rodriguez de la Rúa.

Anlässlich des im nächsten Jahr bevorstehenden 30. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern, wünschten beide Gesprächspartner eine weitere Vertiefung der bilateralen Beziehungen insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet. Jiang regte an, den hochrangigen Austausch zwischen beiden Ländern zu stärken, die Kontakte auf allen Ebenen auszuweiten, gegenseitige Investitionen zu steigern und neue Felder der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit zu erschließen. Jiang betonte, China als auch Ar-

gentinien besäßen jeweils spezifische Stärken im wissenschaftlich-technologischen Bereich, was eine gute Basis für die Intensivierung der Kooperation biete. Chinesische Firmen würden ermuntert, ihre Investitionen in Argentinien auszuweiten.

Im politischen Bereich trat er für verstärkte Konsultationen und Zusammenarbeit zwischen der VR China und Argentinien in der internationalen Politik ein. China messe den Beziehungen zu Argentinien einen hohen Wert bei und betrachte das Land als verlässlichen Partner der Volksrepublik China, da beide Länder vor der gemeinsamen Aufgabe stünden, ihre Volkswirtschaften zu entwickeln und zur Sicherung des Weltfriedens beizutragen. Jiang würdigte in einer Rede, die er anlässlich einer Kranzniederlegung am Denkmal des Nationalhelden San Martin hielt, die Errungenschaften des argentinischen Volkes. Er bezog dies insbesondere auf den Kampf um die Unabhängigkeit, den Schutz der Souveränität und die gesellschaftlichen Fortschritte, die das Land während der letzten zwei Jahrhunderte gemacht habe.

Zum Abschluss des Besuchs stand die feierliche Unterzeichnung zweier Verträge durch die Fachminister beider Länder auf dem Programm. Dabei handelt es sich um eine bilaterale Vereinbarung über biotechnologische und biologische Sicherheit sowie um einen zwischenstaatlichen Vertrag über Rechtshilfe in zivilen und wirtschaftlichen Angelegenheiten. (XNA, 11.4.01; Xinhua, 8.4.01, nach BBC PF, 8.4.01; Xinhua, 9.4.01, nach BBC PF, 9.4.01) -kg-

### 4 Bruderkuss in Kuba

Der am 12. April begonnene Besuch des chinesischen Präsidenten Jiang Zemin in Kuba gab der staatlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua endlich Gelegenheit, Meldungen im alten sozialistischen Stil zu verbreiten. Da war die Rede von Bannern, die – mit Willkommensparolen beschriftet – den Weg vom Flughafen zum Revolutionspalast von Havanna säumten, von warmem Händeschütteln und brüderlicher Umarmung, von Mädchen, die Jiang einen herzlichen Empfang mit Blumensträußen bereiteten und

einer großen Empfangszeremonie mit militärischen Ehren. Jiang hatte Gelegenheit, unmittelbar bei seiner Ankunft mittels einer schriftlichen Erklärung das hohe Ansehen zu betonen, dass das „heroische kubanische Volk“ in China besitze, und die herzlichen Grüße des chinesischen Volkes zu übermitteln. (Xinhua, 13.4.01, nach BBC PF, 13.4.01)

Ob Gastgeber Fidel Castro das auf dem Reimschema eines berühmten Tang-Gedichts basierende Gedicht „Ein zweiter Besuch in Kuba in den Frühlingstagen 2001“ zu goutieren wusste, das von Jiang Zemin eigens zu diesem Anlass verfasst worden war, ist nicht überliefert. Im politischen Bereich dankte Jiang Zemin Kuba, welches als erstes Land Lateinamerikas vor 41 Jahren diplomatische Beziehungen zur VR China aufgenommen hatte, für seine Unterstützung in einer ganzen Reihe von Bereichen der internationalen Politik. Insbesondere im Hinblick auf die „Politisierung der Menschenrechtsfrage“ war man sich der gemeinsamen Ablehnung eines solchen Unterfangens einig.

Jiang dankte dafür, dass China Kuba fest an seiner Seite wisse, wenn es um die Tibetfrage, Taiwan oder Chinas Beitritt zur WTO ginge. Auch für die kubanische Unterstützung der Kandidatur Beijings für die Austragung der Olympischen Spiele 2008 sowie der Bewerbung Shanghais um die Ausrichtung der Weltausstellung im Jahr 2010 dankte Jiang.

Fidel Castro seinerseits dankte für den Rückhalt, den Kuba in China in einer Reihe von Fragen fände. In herzlicher Atmosphäre tauschten beide Staatsmänner ihre Meinung zu einigen Fragen von gemeinsamem Interesse aus. Wichtiges Thema war dabei das verstärkte wirtschaftliche Engagement Chinas in Kuba. Die insgesamt neun im Beisein Castros und Jangs unterzeichneten Verträge sprechen hier eine deutliche Sprache. Es handelte sich dabei u.a. um eine Vereinbarung zur wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und Verhinderung von Steuerflucht sowie Kreditvereinbarungen für den Export von Farbfernsehern der chinesischen Panda-Gruppe nach Kuba, für ein Projekt der Julong-

Gruppe im Bereich der Telekommunikation und ein Wanghai Hotelprojekt.

Jiang führte in diesem Zusammenhang aus, die Wirtschaften Kubas und Chinas seien bis zu einem gewissen Grad komplementär strukturiert. Man messe der wirtschaftlichen Kooperation ebenso wie den politischen Beziehungen mit den kubanischen Genossen daher große Bedeutung bei und wolle diese auf allen Ebenen intensivieren. Darüber hinaus sei die Volksrepublik China bereit, Kuba im Rahmen ihrer Kräfte Unterstützung in der einen oder anderen Form angedeihen zu lassen. (Xinhua, 13.4.01, nach BBC PF, 13.4.01; Xinhua, 14.4.01, nach BBC PF, 14.4.01; Prensa Latina, 13.4.01, nach BBC PF, 13.4.01) -kg-

## 5 Brasilien – Besuch im Schatten der Krise

Der Arbeitsbesuch Jiang Zemin in Brasilien stand auch im Zeichen des chinesisch-amerikanischen Konfliktes um die Flugzeugkollision über dem Südchinesischen Meer. So konnte die akute Krise durch die Zusage der Rückführung der amerikanischen Flugzeugbesatzung aus China in die USA (vgl. Artikel in diesem Heft) just an dem Tag des Zusammentreffens Jiang Zemin mit seinem brasilianischen Amtskollegen Fernando Henrique Cardoso entschärft werden. Dennoch wurde der Konflikt nach Angaben aus brasilianischen Regierungskreisen in den vertraulichen Gesprächen zwischen den beiden Staatsmännern thematisiert, hatte doch der US-Präsident George W. Bush in Brasilien um Unterstützung bei der Lösung des Konflikts gebeten.

In Brasilien befürchtete man angesichts der andauernden Auseinandersetzung zwischen China und den Vereinigten Staaten insbesondere, durch den Streit könnten neue Hürden auf dem Weg Chinas in die WTO errichtet werden. Brasilien setzt auf die Unterstützung der Volksrepublik China in seiner Gegnerschaft gegen die Aufnahme von Sozial- und Umweltstandards in die internationalen Handelsregeln der WTO. Auch in der negativen Bewertung der Verweigerung der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls zur Verringerung des Ausstoßes von Treib-

hausgasen durch US-Präsident Bush weiß man sich einig.

Jiang Zemin betonte während seines Besuchs, über den in den Meldungen der chinesischen Nachrichtenagentur deutlich nüchterner berichtet wurde als beispielsweise im Zusammenhang mit den Besuchen Jiangs in Kuba oder Venezuela, beide Länder teilten die Verpflichtung, zu einer gesunden Entwicklung der internationalen Politik und der Weltwirtschaft beizutragen. Jiang begründete diese Aussage mit der Tatsache, dass Brasilien und die VR China die beiden größten Entwicklungsländer der westlichen bzw. der östlichen Hemisphäre seien und beide mit der Aufgabe konfrontiert seien, ihre Wirtschaft zu entwickeln, das Volk reich und das Land stark zu machen. Mit Brasilien, das nach Jiangs Einschätzung eine zunehmend wichtige Rolle sowohl in regionalen als auch in Angelegenheiten der Weltpolitik spiele, verbände China eine identische bzw. ähnliche Sicht auf vielen Feldern der internationalen Politik.

Präsident Jiang formulierte daher das Ziel, die strategische Partnerschaft zwischen China und Brasilien zu vertiefen und auszuweiten. Er regte daher an, die politischen Führer beider Länder sollten häufige Kontakte pflegen, um ihre Positionen international zu koordinieren und so die Interessen ihrer beiden Länder und der Entwicklungsländer allgemein besser zu vertreten und zu schützen. Auch der verstärkte Austausch zwischen Ministerien, Provinzen, Städten und NROs beider Länder seien gut geeignet, das gegenseitige Verständnis zu steigern. Die bereits bestehenden Konsultationsmechanismen sollten nach Jiangs Ansicht ausgebaut und neue Kanäle des Meinungsaustauschs zum Zwecke gegenseitiger Unterstützung in regionalen und internationalen Angelegenheiten sollten eröffnet werden. Von Cardosos Seite hieß es zu diesen Vorschlägen, Brasilien stehe der Vertiefung und Ausweitung der bilateralen Beziehungen positiv gegenüber und unterstütze die Initiative. Sein Land werde ebenfalls positive Anstrengungen in dieser Richtung unternehmen.

Weiterhin hieß es von chinesischer Seite in allgemeineren Formulierungen, man wolle die Kooperation mit Bra-

silien in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie verstärken und auf diese Weise der strategischen Partnerschaft beider Staaten mehr Substanz geben. Brasilien verbindet damit auf wirtschaftlichem Gebiet konkrete Interessen. Im Zuge der brasilianischen Unterstützung für den Beitritt Chinas zur WTO, hatte Brasilien von der chinesischen Seite Zugeständnisse erhalten. Nach dem WTO-Beitritt sollen die chinesischen Einfuhrzölle für brasilianischen Orangensaft, Instant-Kaffee und Sojabohnen abgesenkt werden und so die Tür zum riesigen „chinesischen Markt der 1,2 Mrd. potenziellen Kunden“ ein Stück weiter aufgestoßen werden. (Agencia Estado, 11.4.01, nach FBIS, 12.4.01; ZXS, 12.4.01, nach BBC PF, 12.4.01; Xinhua, 12.4.01, nach BBC PF, 12.4.01) -kg-

## 6 Nüchterne Atmosphäre in Uruguay

Während seiner Lateinamerikarundreise machte der chinesische Präsident Jiang Zemin auch Station in Uruguay, das erst vor 13 Jahren diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufgenommen hatte. Die Formulierungen und der Inhalt von Gastgeber Präsident Batlle und Gast Jiang Zemin während des Willkommensbanketts für den chinesischen Gast ebenso wie vor Reportern blieben hier weitgehend auf Allgemeinplätze beschränkt. In feiner Nuancierung sprach Batlle von dem Besuch Jiangs in Montevideo als einem wichtigen Ereignis – nicht nur für sein Land, sondern für ganz Amerika. Jiang erwiderte nüchtern, die chinesische Regierung messe den Beziehungen zu Uruguay Wichtigkeit bei. Auf steigernde Attribute wie „große“ oder gar „herausragende“, wie sie im Kontext der chinesischen Beziehungen zu anderen Staaten durchaus üblich sind, verzichtete er hier.

So liest sich denn auch die übliche Absichtserklärung im Zusammenhang mit der Förderung der bilateralen Beziehungen eher distanziert. Jiang sagte, China sei gewillt, mit der Regierung Uruguays dahingehend zusammenzuarbeiten, den Horizont zu erweitern und das Potenzial zur weiteren Entwicklung langfris-

## CHINA aktuell

tiger, stabiler, gleichberechtigter und gegenseitig nutzbringender Beziehungen zwischen beiden Staaten auszuloten. Jiang meinte zwar, es gäbe viele Bereiche, in denen beide Länder kooperieren könnten, führte als Beispiel jedoch nur die Landwirtschaft an. China verfüge neben Expertise auf diesem Gebiet auch über gut ausgebildete landwirtschaftliche Arbeitskräfte, die in Uruguay gemeinsame Entwicklungsprojekte durchführen könnten. Bislang tut sich China in diesem Bereich lediglich als größter Abnehmer uruguayischer Wollproduzenten hervor.

Intensiver mutete der Meinungsaustausch Jiangs mit dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofs Uruguays, Milton Hugo Cairoli, an. Der chinesische Präsident würdigte seinen Gesprächspartner als Persönlichkeit, die seit langer Zeit einen Führungsposten in juristischen Kreisen Uruguays inne habe, eine wichtige Rolle in der Pflege der demokratischen Ordnung und hinsichtlich des Schutzes der Rechte und Interessen der Bürger des Landes spiele und daher großes Ansehen genieße. Jiang betonte, China könne im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Aufbau seines Rechtssystems von Uruguay lernen und sei deshalb an der Fortsetzung und der Ausweitung der Kontakte im Bereich der Jurisprudenz sehr interessiert. Neben Juristendelegationen aus China, die Uruguay besuchten, kann auch Cairoli seinerseits bereits auf zwei Besuche in China zurückblicken. Cairoli gab seiner Hoffnung Ausdruck, die gegenseitigen Kontakte auf juristischem Gebiet mögen fortgeführt und zukünftig noch ausgeweitet werden. Jiang Zemin lud ihn daraufhin erneut ein, China zu besuchen, wann immer es ihm angenehm sei. (Xinhua, 11.4.01, nach BBC PF, 11.4.01; Xinhua, 12.4.01, nach BBC PF, 12.4.01; XNA, 13.4.01) -kg-

## 7 Umarmung in Carracas

Auch auf der letzten Station seiner Lateinamerikareise erwartete Jiang Zemin nach seinem Abflug aus dem Bruderland Kuba ein Heimspiel. In Venezuela wurde er von dem linksnationalistischen Präsidenten Hugo Chavez empfangen, der Jiang als „Bruder und Freund“ grüßte. Er empfing Jiang mit

den Worten, dieser erste Besuch eines chinesischen Präsidenten habe „Tage des Jubels in das gesamte Land gebracht“.

Nachdem Venezuela unter dem 1999 mit einem Erdrutschsieg ins Amt gewählten Präsidenten Chavez eine Kehrtwendung weg vom langjährigen Verbündeten USA vollzog, besteht aus chinesischer Sicht eitel Sonnenschein zwischen beiden Ländern. Venezuela hatte sich von den Vereinigten Staaten abgewendet, die Chavez als exzessiv dominante Kraft im Rahmen einer unipolaren Weltordnung betrachtet. Eine stärkere Hinwendung beispielsweise zu China und Kuba war die Folge. So brach das Land unter Chavez konsequenterweise auch mit der Praxis, die im Jahresturnus durch die USA beantragte Verurteilung Chinas und Kubas vor der UN-Menschenrechtskommission zu unterstützen. Jiang Zemin dankte denn seinem Gastgeber auch ausdrücklich für die Unterstützung in internationalen Institutionen.

Trotz der erheblich verbesserten Beziehungen mit China und der merklichen Abkühlung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten, enthielt sich Chavez während des Besuchs Jiang Zemins groß einer Stellungnahme zu der akuten Auseinandersetzung zwischen China und den USA im Zusammenhang mit der Flugzeugkollision über dem Südchinesischen Meer Anfang April.

Neben politischen Gesprächen zum Zwecke der Förderung der weiteren engen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, standen auch in Carracas wirtschaftliche Themen mit im Vordergrund. China hat großes Interesse an den Ölreserven Venezuelas, das zu den wichtigsten Lieferanten der USA zählt. Neben einem Doppelbesteuerungsabkommen stand daher auch die Unterzeichnung eines Vertrages über ein Kooperationsprojekt auf den Gebieten Energie und Bergbau im Mittelpunkt.

Das sprunghafte Anwachsen des bilateralen Handels von lediglich 26,8 Mio. US\$ im Jahr 1998 auf 218,8 Mio. US\$ im vergangenen Jahr zeugt von den engeren Bindungen, die beide Länder in der jüngeren Vergangenheit eingegangen sind. Ist China auch hier in erster Linie an langfristigen Rohstoff-

quellen interessiert, liebäugelt man auf venezolanischer Seite nicht zuletzt mit chinesischer Militärtechnik. Präsident Chavez äußerte denn auch Interesse am Erwerb von Militärflugzeugen aus chinesischer Produktion. Auch der Bau eines Montagewerkes für chinesische Militärflugzeuge in Venezuela sei durchaus vorstellbar. (SCMP, 16.4.01, 17.4.01; Xinhua, 15.4.01, nach BBC PF, 15.4.01; Venezuela Online News, 16.4.01, nach BBC PF, 16.4.01) -kg-

## 8 Maßvolle Verärgerung über US-Angebot an Taiwan

Die Reaktion Beijings auf das Angebot der Vereinigten Staaten, Taiwan acht dieselgetriebene U-Boote, zwölf neue Überwachungsflugzeuge des Typs P-3 und gebrauchte Zerstörer der Kidd-Klasse zu liefern (vgl. Übersicht zu Taiwan in diesem Heft), blieb hinter den im Zusammenhang mit dem Konflikt um die Luftkollision über dem Südchinesischen Meer gehegten Befürchtungen zurück. Vielmehr lag die Stellungnahme des chinesischen Außenministeriums – im Ton verärgert, doch inhaltlich noch gemäßigt – im üblichen Rahmen chinesischer Reaktionen auf vergleichbare Nachrichten in den vergangenen Jahren.

US-Waffenverkäufe an Taiwan beeinträchtigten in ernster Weise die Souveränität Chinas, stellten einen Eingriff in die inneren Angelegenheiten des Landes dar und führten zu wachsenden Spannungen beiderseits der Taiwan-Straße. Die Sprecherin des Außenministeriums, Zhang Qiyue, erklärte in Beijing weiterhin, die USA sollten Klugheit beweisen und drohte gleichzeitig für den Fall eines tatsächlichen Zustandekommens der Waffenverkäufe nicht näher spezifizierte Reaktionen der VR China an.

Im Vorfeld der Entscheidung der US-Regierung hatte es aus Beijing die heftigste Kritik gegen einen möglichen Verkauf von Aegis-Zerstörern nach Taiwan gegeben. Diese werden von China als ein Baustein des Theatre Missile Defense System angesehen, das allgemein als Bedrohung aufgefasst wird. Die Möglichkeit einer Einbeziehung Taiwans in derartige Planungen hatte heftige Proteste Beijings ausgelöst.

Da aber bislang weder das taiwanische Parlament über den Ankauf der von den USA angebotenen Waffensysteme entschieden hat, noch deren tatsächliche Auslieferung überhaupt gewährleistet ist, konnte auch die Reaktion aus Beijing vergleichsweise gelassen ausfallen. Die USA haben seit den fünfziger Jahren keine Diesel-U-Boote mehr gebaut, müssten daher auf deutsche oder niederländische Modelle zurückgreifen oder die Schiffe dort bauen lassen. Die deutsche Regierung lehnte ein solches Unterfangen allerdings bereits ab, und auch die Niederlande werden sich angesichts der diplomatischen Krise mit China 1981 aus Anlass des damaligen Verkaufs zweier U-Boote nach Taiwan kaum darauf einlassen. Ähnlich verhält es sich mit den 12 zugesagten Überwachungsflugzeugen. Der Flugzeugbauer Lockheed Martin Corp. müsste für eine Order aus Taiwan eine bereits stillgelegte Produktionslinie wieder aufleben lassen und könnte dies nach Expertenmeinung wirtschaftlich nur rechtfertigen, wenn über die Aufträge aus Taiwan hinaus weitere Maschinen des Typs geordert würden.

Über diese Lieferungswissheiten hinaus wird von verschiedener Seite die Meinung vertreten, Taiwan werde die Integration der Waffensysteme, die frühestens in drei bis vier Jahren zur Verfügung stehen könnten, nur mit erheblichen Anstrengungen in die bestehenden veralteten Marinestrukturen einbinden. Gerade diese Schwierigkeiten machen andererseits jedoch eine Intensivierung der Kontakte zwischen dem taiwanischen und dem US-Militär notwendig. Im Falle eines Kaufs benötigte Taiwan die intensive Unterstützung Washingtons bei der Integration der Systeme, bei der Schulung und wohl auch bei der technischen Wartung.

Es ist dieser Schulterchluss zwischen Taipei und Washington jenseits der Sensationsmeldungen über einen 4 Mrd. US\$ Waffendeal, den die VR China mit äußerstem Unbehagen beobachtet. Ausgerechnet US-Präsident Bush goss in diesem Zusammenhang Ende April mit einer Bemerkung gegenüber AP noch zusätzlich Öl ins Feuer. Er sagte, die Anwendung von Gewalt seitens der USA sei durchaus eine Option, falls Beijing sich dazu hinreißen ließe, seine Drohungen ge-

gen Taiwan in die Tat umzusetzen und einen militärischen Schlag gegen die Insel zu führen.

Zwar war die amerikanische Regierung in den Folgetagen überaus bemüht, diese Aussage Bushs zu relativieren und zu betonen, an der Politik der USA in dieser Frage habe sich nichts geändert. Das Ziel der USA sei es, Taiwan von einer Provokation der VR China durch die Erklärung der Unabhängigkeit abzuhalten und andererseits China in Sorge um eine mögliche amerikanische Intervention im Falle eines unprovokierten Angriffs zu halten. Dennoch dürfte die chinesische Regierung die Bemerkung Bushs kaum einfach als Lapsus abtun, auch wenn selbst Beobachter in Taiwan die Meinung vertreten, die harte verbale Linie Bushs gegenüber China diene primär dazu, außenpolitisch an Statur zu gewinnen und in den USA selbst innenpolitisch zu punkten. (AWSJ, 24.4., 25.4., 26.4.01) -kg-

## 9 Protest Beijings gegen taiwanischen Besuch in Japan

Als „notwendige Reaktion“, im Hinblick auf die 1972 von Japan eingegangene Verpflichtung über das Ein-China-Prinzip, bezeichnete das chinesische Außenministerium seinen heftigen Protest gegen die Gewährung eines Visums für den ehemaligen taiwanischen Präsidenten Lee Teng-hui (Li Denghui) durch die japanische Regierung. Dem 78-jährigen Lee war nach langem Tauziehen ein japanisches Visum erteilt worden, damit er sich einer medizinischen Untersuchung bei einem Herzspezialisten unterziehen konnte. Japan begründete seine Entscheidung mit humanitären Erwägungen. (Vgl. auch die Übersicht zu Taiwan in diesem Heft.)

Der stellvertretende chinesische Außenminister bestellte in diesem Zusammenhang den japanischen Botschafter ein, um ihm den offiziellen Protest Beijings zu übermitteln und das chinesische Missfallen über die japanische Entscheidung mitzuteilen, die gefallen war, obwohl China bereits im Vorfeld wiederholt gegen eine mögliche Visumserteilung an Lee protestiert hatte.

Die VR China begründet ihren Protest damit, Lee Teng-hui nutzte seine

Auslandsreisen regelmäßig für internationale Kampagnen gegen das von China verfolgte Ziel einer Wiedervereinigung mit Taiwan. Um der VR China gegenüber ein Entgegenkommen zu signalisieren hatte Japan die Erteilung des Visums an Lee mit Auflagen verbunden. So wurde es dem ehemaligen taiwanischen Präsidenten nicht gestattet, andere Regionen zu bereisen als Westjapan. Auch sind ihm politische Aktivitäten explizit untersagt.

Dieses japanische Signal wurde von Beijing allerdings ignoriert. Neben dem offiziellen diplomatischen Protest sah man sich dort veranlasst, sowohl den auf Ende April terminierten Besuch des Leiters der Internationalen Abteilung der KPCh, Dai Bingguo, als auch eine im Rahmen eines bilateralen Austauschprogramms turnusmäßig alle vier Jahre stattfindende Reise der chinesischen Provinzgouverneure nach Japan bis auf weiteres abzusagen. Eine Entscheidung über den auf Ende Mai terminierten Besuch Li Pengs in Japan sei noch nicht getroffen, hieß es in Beijing. Man wolle zunächst das Verhalten Lees in Japan sowie die Haltung der neuen japanischen Regierung in dieser Sache abwarten.

Für Verärgerung über Japan hatte zuvor schon die Debatte um japanische Schulbücher gesorgt, in denen die japanischen Kriegsgreuel verharmlost und die aggressive Expansion gerechtfertigt werden. (Vgl. C.a., 2001/3, Ü 6) Die Zustimmung der japanischen Regierung zu Übernahme der umstrittenen Textfassung beantwortete Beijing mit offiziellem Protest seines Botschafters in Japan. (XNA, 4.4., 5.4.01; IHT, 5.4.01; AWSJ, 21.4.01; Kyodo News Service, 22.4.01, nach BBC PF, 22.4.01; Kyodo News Service, 23.4.01, nach BBC PF, 23.4.01) -kg-

## 10 Zu Gast in Frankreich

Der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan hielt sich Anfang April zu einem Kurzbesuch in Frankreich auf. Er folgte damit einer Einladung seines französischen Amtskollegen Hubert Vedrine. In einer Unterredung mit dem französischen Präsidenten Chirac bezeichnete er dessen China-besuch im Oktober letzten Jahres als „höchst erfolgreich“. (Vgl. C.a., 2000/10, Ü 6)

Von Tang besonders gewürdigt wurde die Einrichtung eines Mechanismus hochrangiger bilateraler Konsultationen zwischen Beijing und Paris. Auch die Realisierung der vereinbarten telefonischen „Hotline“ zwischen den Regierungen in China und in Frankreich sei nunmehr in die „letzte Phase der technischen Vorbereitungen eingetreten“.

Chirac würdigte – wie er das schon vor der UN-Menschenrechtskommission getan hatte – die kürzlich vom Nationalen Volkskongress vorgenommene Ratifizierung der Konvention über die sozialen und wirtschaftlichen Rechte als wichtigen Schritt, betonte aber zugleich, wie sehr man in Frankreich auch die Ratifizierung der Konvention über die bürgerlichen und politischen Rechte erwarte. Tang Jiaxuan begrüßte in diesem Zusammenhang die Dialogbereitschaft der französischen Regierung in Sachen Menschenrechte im Gegensatz zu der wenig konstruktiven Haltung der Konfrontation anderer Staaten.

Der Besuch des chinesischen Außenministers war in der zweiten Aprilhälfte gefolgt von einer Reise des Vize-Premiers Li Lanqing. Dieser traf ebenfalls mit dem französischen Außenminister Vedrine zusammen. Beide betonten die Wichtigkeit der Entscheidung über die Errichtung von Kulturzentren im jeweils anderen Land sowie für die Ausrichtung eines chinesischen und eines französischen Kulturjahres 2003 und 2004.

Mit der französischen Ministerin für Kultur und Kommunikation, Catherine Tasca, wusste sich Li einer Meinung in der Beurteilung, dass die kulturelle Diversität der Länder und Völker gerade in der gegenwärtigen Zeit der Globalisierung von großer Bedeutung sei. Nach Lis Ansicht sind Austausch und Kooperation auf kulturellem Gebiet ebenso bedeutend wie internationale politische Zusammenarbeit. Tasca stimmte Li uneingeschränkt zu, dass jedes Land Anstrengungen zur Wahrung seiner individuellen kulturellen Charakteristika unternehmen solle. (Xinhua, 2.4.01, nach BBC PF, 2.4.01; AFP, 2.4.01, nach BBC PF, 2.4.01; XNA, 19.4., 21.4.01; Xinhua, 14.4.01, nach BBC PF, 14.4.01) -kg-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 11 Partei und Gewerkschaften

Am Vorabend des 1. Mai, des Internationalen Tags der Arbeit, nutzte Präsident Jiang Zemin ein Treffen mit mehr als 100 so genannten „nationalen Modellarbeitern“, um die traditionelle politische Aufgabenstellung der chinesischen Gewerkschaftsorganisationen gegenüber der Kommunistischen Partei erneut zu verdeutlichen. Vor dem Hintergrund der sich seit 1922 vollziehenden tief greifenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft des Landes betonte Jiang, dass die alte Rollenzuweisung der Gewerkschaften als Transmissionsriemen der Partei nach wie vor unangefochtene Gültigkeit besitze. Er erwarte daher, dass die „Arbeiterklasse und andere arbeitende Menschen das große Banner des Marxismus-Leninismus, der Mao Zedong Ideen und der Deng Xiaoping Theorie hochhalten und sich enger um das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas scharen“. Die Gewerkschaften müssen in diesem Zusammenhang auch weiterhin „das Verbindungsglied zwischen der Partei und den Arbeitern bilden“. Umgekehrt forderte der Präsident von der Partei und den Regierungsorganen aller Ebenen, „der Arbeit der Gewerkschaften große Aufmerksamkeit zu schenken und angemessene Bedingungen zu schaffen, damit diese ihre Aufgaben erfüllen können“. Die gesamte Arbeit der Partei beruhe laut Jiang „auf der Sicherung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rechte und Interessen der Arbeiterklasse“. Alle Kader müssten sich immer wieder vergegenwärtigen, dass dies „die grundlegende Forderung der sozialistischen Demokratie“ sei und somit „zum Vorteil der Partei und des Landes“ gereiche. Jiang ließ in seiner Rede allerdings die für die politisch-gesellschaftliche Praxis entscheidende Frage offen, inwieweit die von ihm betonten Grundsätze mit der gegenwärtigen Wirklichkeit in Partei- und Gewerkschaftsleben übereinstimmen. (XNA, 30.4.01) -ma-

### 12 NVK-Forum zum Rechtssystem

Ende April veranstaltete der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses unter Leitung des NVK-Vorsitzenden Li Peng das so genannte „20. Forum zum Gesetzssystem“. Im Mittelpunkt des Forums standen Reden und Diskussionen zur Wirtschaftsgesetzgebung, insbesondere zur zentralen Rolle des nationalen „Unternehmensgesetzes“. Zwar habe man im Verlaufe der Jahre das gesetzliche Rahmenwerk für Unternehmen Schritt für Schritt verbessert, aber „weitere Gesetzgebungstätigkeit und kontinuierliche Revisionen der bestehenden Gesetze zum modernen Unternehmenssystem“ seien unerlässlich. Das gelte nicht nur für die Erstellung dieser Gesetze, sondern auch für die „Überwachung der Durchsetzung dieser Gesetze“ in der wirtschaftlichen Praxis des Landes.

Führender Rechtsexperte auf dem Forum war Professor Wang Baoshu, Präsident der juristischen Abteilung der Qinghua-Universität. Er hielt das zentrale Fachreferat zum Thema „Gesetzssystem für moderne Unternehmen“, in dessen Mittelpunkt das „moderne Unternehmensgesetz“ des Landes stehe. Das Gesetz stelle einen wesentlichen Eckpfeiler der Reformpolitik der Staatsunternehmen dar.

Wangs Aussagen wurden von Li Peng nachdrücklich unterstrichen. Laut Li sei „die Errichtung des modernen Unternehmenssystems von großer Bedeutung für die Umwandlung des operationellen Mechanismus, die Stärkung des Managements und die Verbesserung der Qualität sowie der Wettbewerbsfähigkeit der Staatsbetriebe unseres Landes“. Vor allem mit Blick auf Chinas kommenden Beitritt zur WTO seien weitere Reformarbeiten von großer Dringlichkeit. Im Verlaufe der neuen Fünfjahresplanperiode „müssen wir die Reform der mittleren und großen Staatsbetriebe vertiefen. Wir müssen die Errichtung des modernen Unternehmenssystems vollenden, das die Eigentumsrechte und andere Rechte wie Verantwortlichkeiten klar definiert und die staatliche Verwaltung vom Unternehmensmanagement trennt und ein wissenschaftliches Management gewährleistet ... Seit Beginn der Reformen und der Öffnung